



Die neue
Volkspartei

Rathausklub Wien

125
LAB

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätin Mag. Caroline HUNGERLÄNDER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

betreffend Bekenntnis zur Österreichischen Identität

Religionsfreiheit, die Anerkennung anderer Glaubensrichtungen und ein selbstverständliches Miteinander haben lange und gute Tradition in Österreich. Unsere Grundprinzipien des Zusammenlebens im liberalen Rechtsstaat, wie sie in den Ideen der Aufklärung erdacht und in den allgemein gültigen Menschenrechten formuliert wurden, bilden die Grundlage dafür. Freiheit, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Verantwortung für unsere Gesellschaft müssen wesentliche und selbstverständliche Eckpfeiler sein und stellen die Grundpfeiler unserer österreichischen Identität dar. Dazu gehört auch die prinzipielle Trennung von Kirche und Staat, sowie das grundsätzliche Primat von staatlichem Recht vor religiösen Riten. Unsere Gesellschaft kann nur dann funktionieren, wenn dieses Grundverständnis von allen Menschen in unserem Land anerkannt, respektiert und gelebt wird. Freiheit, Selbstbestimmung und Verantwortung sind in allen Bereichen wesentlich und nicht verhandelbar. Und mit jeder Freiheit ist auch eine Verantwortung verbunden.

Die Flüchtlingsströme der letzten Jahre stellen eine große Herausforderung für Europa, und damit auch für Österreich dar. Wenn immer mehr Menschen zu uns kommen, die aus einem Kulturkreis stammen, in dem die Grundprinzipien des Zusammenlebens andere sind als bei uns, dann müssen wir hinterfragen, wie sich das auf unserer Gesellschaft auswirkt. Wenn Selbstbestimmung und Gleichberechtigung nicht für alle selbstverständlich sind, wenn die Freiheit zur Ausübung von Religion nicht im Bewusstsein des Respekts vor Andersgläubigen gelebt wird, dann entspricht dies auch nicht mehr unserem Verfassungsbogen.

Deshalb treten wir für eine offene und ehrliche Diskussion über unsere Werteordnung und unsere österreichische Identität ein. Denn die Politik hat die Pflicht, Maßnahmen zu setzen, welche unsere Grundprinzipien des Zusammenlebens sichern. Wenn wir dabei zu dem Ergebnis kommen, dass gewisse Symbole, Riten und Handlungen, wie etwa Verschleierung und Kopftuch, in ihrer Bedeutung und Intention unseren Grundprinzipien des Zusammenlebens widersprechen – weil sie etwa für Unterdrückung, statt für Freiheit und Selbstbestimmung stehen – besteht Handlungsbedarf.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, unsere Kultur und identitätsstiftende Werteordnung, auf der unsere Grundwerte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung basieren, in den Vordergrund und ins Zentrum zu stellen sowie in den Integrationsprozess zu implementieren. Insbesondere im öffentlichen Raum müssen diese gelebt und mit Leben erfüllt werden. Menschen, die zu uns kommen und hier leben wollen, haben die hiesigen Ge pflogenheiten zu akzeptieren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30.06.2020

